

Zusammenfassung der Informationsveranstaltung zur Unterbringung von Geflüchteten am 19.02.2024

Einleitung

Am 19. Februar 2024 fand in der Aula des Freiherr-vom-Stein Schulzentrums eine Bürgerinformationsveranstaltung zur Unterbringung von Geflüchteten in Rösrath statt. Das Interesse und Informationsbedürfnis waren groß. Rund 350 Bürgerinnen und Bürger haben die Veranstaltung besucht. Die Veranstaltung wurde durch den Leiter der Redaktion Rhein-Berg des Kölner Stadt-Anzeigers, Guido Wagner, moderiert. Die Beigeordnete Bianca Lorenz, die Fachbereichsleiter Christoph Herrmann und Petra Dickopf, sowie Albert Seemann aus dem Bereich Asyl/Integration haben einen Überblick zur aktuellen Situation in Rösrath gegeben, erläutert, mit welchen Herausforderungen Rösrath umzugehen hat und den anwesenden Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit gegeben, ihre Fragen zu stellen. Zudem diente die Veranstaltung der Beantwortung der Fragen, die im Vorfeld zur Stadtratsitzung am 15.01.2024 eingegangen sind.

Die Unterbringung von Geflüchteten wird oft kontrovers diskutiert. Die Verwaltung stellte nunmehr den Status quo und die damit verbundenen Herausforderungen dar und war dankbar für die konstruktiven und sachlichen Wortbeiträge und Fragen während der knapp zweieinhalbstündigen Veranstaltung.

Nachfolgend wurden die Inhalte der Veranstaltung noch einmal zusammengefasst. Darüber hinaus ist der Zusammenfassung die Präsentation beigefügt, die bei der Bürgerinformationsveranstaltung gezeigt wurde.

Die aktuelle Situation in Rösrath

Wie in vielen anderen Kommunen ist die Unterbringung von Geflüchteten auch in Rösrath eine Aufgabe, die sich zunehmend diffizil gestaltet, da vorhandene Kapazitäten nahezu ausgeschöpft sind. Hinzu kommt die Sachlage, dass bestehende Unterkünfte im Laufe des Jahres wegfallen werden. Ebenso rechnet die Verwaltung mit neuen Zuweisungen in einer Größenordnung von rund 200 bis 230 Personen über das Jahr 2024 verteilt. Die Stadt ist verpflichtet, diesen Menschen Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Daher geht es um die Frage, wie und wo geeignete Unterbringungsmöglichkeiten geschaffen werden können. Das lässt sich nicht allein durch die weitere Anmietung von Wohnraum auffangen, da auch auf dem freien Wohnungsmarkt die Kapazitäten erschöpft sind. Daher müssen sich Stadt und Politik auch über Unterbringungsmöglichkeiten in Containerbauweise unterhalten und Entscheidungen herbeiführen.

Unterbringung von Geflüchteten in Rösrath

In Rösrath leben rund 600 Geflüchtete (inklusive geflüchteter Menschen aus der Ukraine). Die Unterbringung erfolgt an über 50 Standorten, die sich über das Stadtgebiet verteilen. 54 Wohnungen zur Unterbringung von Geflüchteten wurden von Seiten der Stadt angemietet. Darüber hinaus gibt es 17 Unterkünfte im Eigentum der Stadt (zum Teil ebenfalls Containeranlagen). Hinzu wird ein Rösrather Hotel genutzt, um Geflüchtete unterzubringen. Im Laufe des Jahres fallen bestehende Unterbringungsmöglichkeiten weg (befristete Mietverträge laufen aus). Gleichzeitig ist mit neuen Zuweisungen zu rechnen. Es besteht nach aktueller Schätzung ein Gesamtbedarf an rund 300 bis 330

Plätzen zur Unterbringung von Geflüchteten für das Jahr 2024. Vertragsverhandlungen für die Anmietung von weiteren Immobilien werden geführt, doch wird dieser Platz allein nicht ausreichen.

Stadtratsbeschluss vom 11. Dezember 2023 zur Brander Straße

Vor dem Hintergrund unzureichender Unterbringungskapazitäten hatte der Stadtrat im Dezember 2023 den Beschluss gefasst, nach entsprechender baurechtlicher Prüfung und Eignung, in der Brander Straße eine Unterkunft in Containerbauweise zur Unterbringung von Geflüchteten zu errichten. Gemäß Beschluss ist eine Anlage in Containerbauweise angedacht, die auf zwei Geschossen Platz für bis zu 72 Personen bietet.

Herausforderungen in der Brander Straße

In Bezug auf den angedachten Standort in der Brander Straße hat die Verwaltung bei der Informationsveranstaltung am 19. Februar 2024 mitgeteilt, dass die erforderliche baurechtliche Prüfung noch nicht abgeschlossen ist. Aus einer Vorab-Einschätzung eines beauftragten Schallschutzgutachters ist aber zu entnehmen, dass auf Grund der Schallbelastung durch die Autobahn, sogenannte „gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse“ nicht erwartet werden können. Daher ist fraglich, ob die geplante Bebauung in Containerbauweise in der Brander Straße umgesetzt werden kann. Klarheit wird es bei Vorlage aller notwendigen Gutachten geben (voraussichtlich im Laufe des März). Wenn eine Bebauung in Containerbauweise möglich ist, könnte diese bis zum Sommer realisiert werden.

Weitere Grundstücke in der Prüfung

Parallel zur baurechtlichen Prüfung in der Brander Straße werden auch andere Grundstücke im Eigentum der Stadt geprüft, ob diese baurechtlich in Frage kommen, denn die Stadt wird weitere Unterbringungsmöglichkeiten schaffen müssen. Zwei Grundstücke am Pestalozziweg sind nach erster Einschätzung am ehesten geeignet, um eine Unterbringung in Containerbauweise zu schaffen. Ebenso werden Grundstücke in May geprüft, die aufgrund ihrer unmittelbaren Nähe zur Wahner Heide aber weniger geeignet scheinen als der Pestalozziweg. Es gilt die Ergebnisse der baurechtlichen Prüfung abzuwarten.

Unabhängig davon ist die Stadt dankbar für jedes Wohnraumangebot, das eingeht. Nur weil eine Unterbringung in Containerbauweise geplant wird, scheiden anderen Unterbringungsmöglichkeiten nicht aus. Wer Wohnraum anbieten möchte, kann sich mit uns als Stadt oder unserem Kooperationspartner „Habitat für Humanity“ in Verbindung setzen (Ansprechpartnerin ist Annette Klaas: 0157-30022507).

Ausgeschlossene Grundstücke im Eigentum der Stadt

- Kölner Straße zwischen Stümpen und Möbel Höffner:
Hierbei handelt es sich um ein Waldgebiet samt Siefen, bei dem restriktive Umweltbelange eine Bebauung kaum ermöglichen.
- Paffrather Weg:
Hierbei handelt es sich um mögliche Erweiterungsflächen für die Schulen. Hinzu kommt, dass auch diese Flächen aktuell bewaldet sind.

- Sülzbogen:
Dieser Bereich ist Überschwemmungsgebiet und dient als Retentionsraum, also als Fläche, die bei einem hohen Pegelstand der Sülz vom Fluss überschwemmt wird.
- Bergische Landstraße:
Das ist ein kleines Grundstück, das als Buswendeplatz genutzt wird und unter diesem Gesichtspunkt für die Anbindung der Ortsteile wichtig ist. Ebenfalls entlang der Bergischen Landstraße befindet sich ein weiteres Grundstück, das allerdings als Auenfläche fungiert und daher nicht zur Bebauung geeignet ist.
- Kirchweg in Forsbach:
Gemäß Bebauungsplan sollen in dem Bereich Baugrundstücke geschaffen und vermarktet werden, um den allgemeinen Wohnflächenbedarf zu decken. Die Erschließung des Gebietes, also der Straßenbau, samt Kanälen und Leitungen soll alsbald erfolgen.
- Pannsiefen:
Das Grundstück wird als mögliches Erweiterungsgelände für die Freiwillige Feuerwehr der Stadt vorgehalten.
- Bitze:
Das ist ein sehr kleines Grundstück, das bereits für den dringend benötigten sozialen Wohnungsbau vorgesehen ist.

Grundsätzliche Herausforderung bei der Suche nach geeigneten Flächen und Grundstücken

Als Stadt halten wir stets Ausschau nach geeigneten Objekten und Flächen, ebenso prüfen wir Grundstücke oder Häuser, die uns angeboten werden. Wir können allerdings nicht über Flächen verfügen, die uns nicht gehören. Wenn wir Flächen ankaufen oder pachten, prüfen wir im Vorfeld die Eignung sowie auch die Konditionen. Teilweise werden uns Angebote für Mietobjekte unterbreitet, die weit über den Marktpreis liegen und somit finanziell nicht tragbar sind. Ebenso müssen Folgekosten berücksichtigt werden. So können brandschutzrechtliche Aspekte bei bestehenden Immobilien einen großen Kostenfaktor ausmachen, wenn es beispielsweise um die Umnutzung alter Büroräumlichkeiten zu Wohnraum geht. Diese Aspekte können vermeintlich geeignete Objekte letztlich doch ausscheiden lassen.

Fragen von Bürgerinnen und Bürgern

Welchen Umfang hat das Projekt Brander Straße (Anzahl der Container, Anzahl Flüchtlinge)?

- *Wenn eine Umsetzung möglich ist, soll in dem Bereich eine Containeranlage mit zwei Geschossen für 72 Personen in 36 Einheiten + Küche + Aufenthaltsräume + sanitäre Anlagen entstehen.*

Für wie viele Jahre ist das Vorhaben Brander Straße angelegt?

- *Das Baurecht sieht im Außenbereich eine befristete Errichtung mobiler Unterkünfte für drei Jahre vor. Es besteht die Möglichkeit der Verlängerung um weitere drei Jahre.*

Ist auf dem Grundstück ausreichend Platz für Freizeit, Parkplätze, Mülltonnen, Fahrradständer, u.v.m.?

- *Ja, der Platz ist gegeben.*

Wie hoch wird die zu versiegelnde Fläche für die Aufstellung der Container sein?

- *Es wird sich um eine Fläche von rund 600 m² handeln.*

Wie viel qm werden insgesamt für die fertiggestellte Baumaßnahme in Anspruch genommen?

- *Nach einer vorläufigen Schätzung werden rund 1000 m² (Baufeld + Stellplätze + Außenbereich) in Anspruch genommen.*

Wer hat die Baukosten und die laufenden Kosten ermittelt?

- *Die genannten Baukosten von rund 1,43 Millionen Euro wurden entsprechend einer Marktpreisabfrage ermittelt. Laufende Kosten wurden noch nicht ermittelt.*

Warum ist der sehr abgelegene Teil der Brander Straße für die Unterbringung der Flüchtenden zu befürworten? Es macht den Eindruck, als wenn die Unterkunft so weit weg wie möglich vom Ortskern sein soll.

- *Der Eindruck ist nicht richtig. Der Standort wurde gewählt, da dieser nach entsprechender baurechtlicher Prüfung vergleichsweise schnell bebaut werden könnte und die benötigte Größe bietet. Eine schnelle Umsetzbarkeit ist wichtig, um den benötigten Raumbedarf zu decken. Zudem ist das Stadtzentrum recht nahe gelegen und schnell erreichbar*

Welche Flächen stehen ansonsten zur Verfügung?

- *Siehe dazu die Abschnitte „Weitere Grundstücke in der Prüfung“, „Ausgeschlossene Grundstücke im Eigentum der Stadt“ sowie „Grundsätzliche Herausforderung bei der Suche nach geeigneten Flächen und Grundstücken“.*

Warum werden die unzähligen brach liegenden Flächen der Stadt Rösrath nicht genutzt?

- *Siehe dazu die Abschnitte „Weitere Grundstücke in der Prüfung“, „Ausgeschlossene Grundstücke im Eigentum der Stadt“ sowie „Grundsätzliche Herausforderung bei der Suche nach geeigneten Flächen und Grundstücken“.*

Warum kann die Stadt Rösrath im Außenbereich bauen, wenn es doch im BauGB § 246 Absatz 13a heißt, dass von Flächen im Außenbereich nur dann Gebrauch gemacht werden darf, wenn dringend benötigte Unterkünfte im Gebiet der Gemeinde, in der sie entstehen sollen, nicht rechtzeitig bereitgestellt werden können? Ist dies nicht ein Verstoß gegen das Gesetz, wo es doch einige andere Möglichkeiten für mehrere kleine Standorte, wie die Jahnwiesen, Venauen etc. gibt?

- *Die Stadtverwaltung prüft im gesamten Stadtgebiet potentielle Flächen. Wie bereits eingangs erwähnt, laufen Gespräche zur weiteren Anmietung von Wohnraum. Doch der Bedarf an Unterbringungsmöglichkeiten kann damit allein nicht gedeckt werden. Um eine Belegung von Sporthallen zu vermeiden, muss auch der Außenbereich in entsprechende Überlegungen mit einfließen.*

Was versteht die Stadt unter der kurzfristigen Schaffung von weiteren Unterbringungsmöglichkeiten?

- *Die Kurzfristigkeit liegt darin begründet, dass der Bedarf an Plätzen rechtzeitig gedeckt werden kann und somit letztlich niemanden ein Dach über dem Kopf fehlt.*

Wie steht die Naturschutzbehörde zu der geplanten Bebauung (Naherholungsgebiet, Vorheidelandschaft...) in der Brander Straße? Wurde die Untere Naturschutzbehörde in diesem Baugenehmigungsverfahren oder Bauleitplanverfahren mit einbezogen?

- *Baugenehmigungen unterliegen dem Bauplanungs- und dem Bauordnungsrecht sowie weiterer Gesetze und Vorschriften. Umweltbelange werden selbstverständlich geprüft. Nachfolgend ein Auszug aus dem Gespräch mit dem Kreis:*

Die Untere Naturschutzbehörde (UNB) des Rheinisch-Bergischen Kreises würde einen Standort außerhalb des Geltungsbereiches des Landschaftsplanes (und außerhalb festgesetzter Schutzgebiete) begrüßen. Sie erkennt jedoch den Bedarf an. Die UNB gibt folgende Hinweise, unter deren Beachtung die Fläche als machbar für die temporäre Nutzung eingestuft wird.

Ist es nicht so, dass gemäß Baurecht die Unterbringung von Flüchtlingen als Wohnnutzung zu betrachten ist? So viele Menschen konzentriert an einem Ort ist schon schwierig, wenn dann auch noch Stress durch eine 24 Stunden Autobahnbeschallung erfolgt, wird die Situation nicht besser.

- *Die Erstellung eines Schallgutachtens ist Teil der baurechtlichen Prüfung. Eine Ersteinschätzung besagt, dass der Schallschutz nicht eingehalten werden kann. Es gilt die finalen Ergebnisse abzuwarten. Siehe hierzu auch den Punkt „Herausforderungen in der Brander Straße“.*

Warum werden die Flüchtlinge nicht im gesamten Stadtgebiet verteilt, um eine breitere Integration in die Gemeinschaft zu fördern? Welche Überlegungen haben zu der Entscheidung geführt, sie an einem bestimmten Ort zu konzentrieren?

- *Es gibt über 50 Standorte im gesamten Stadtgebiet, in denen Geflüchtete untergebracht sind. Die Stadtverwaltung befindet sich in Gesprächen zur weiteren Anmietung von Wohnraum. Doch der Bedarf lässt sich nicht allein durch die weitere Anmietung von Wohnraum auffangen, da auch auf dem freien Wohnungsmarkt die Kapazitäten erschöpft sind. Daher müssen sich*

Stadt und Politik auch über Unterbringungsmöglichkeiten in Containerbauweise unterhalten und Entscheidungen herbeiführen.

Was ist seitens der Stadt Rösrath geplant um die Sicherheit der untergebrachten Personen sowie der Anwohner und der Kinder der Grundschulen und Kindergärten zu gewährleisten? Ab wie vielen Personen ist ein vor Ort ständig vertretener Sicherheitsdienst vorgeschrieben und wie hoch sind hier die veranschlagten Kosten für den Steuerzahler?

- *Es gibt keine Vorgabe oder Verordnung, nach der ab einer bestimmten Personenzahl ein Sicherheitsdienst an einer Unterkunft für Geflüchtete für Sicherheit und Ordnung sorgt. Das würde ja im Umkehrschluss bedeuten, dass man davon ausgeht, dass geflüchtete Menschen grundsätzlich straffällig werden und von ihnen eine Gefahr ausgeht.*

Sehr wohl ist uns bewusst, dass es bei der Unterbringung von Menschen aus unterschiedlichen Kulturkreisen zu Spannungen zwischen einzelnen Personengruppen kommen kann. Auch Langeweile durch Perspektivlosigkeit kann in Frust umschlagen. Das sind aber keine Aufgaben für einen Sicherheitsdienst. Es gibt in Rösrath Angebote für Geflüchtete, um sich zu integrieren. Das städtische Asylbüro hilft außerdem bei der Orientierung und bietet Beratung zu unterschiedlichen Themenfeldern.

Wäre es nicht möglich die Konzentration von Flüchtlingen aufzulockern und nicht alle an einem Punkt zu zentralisieren?

- *Tatsächlich ist die Verteilung von Geflüchteten über die Rösrather Ortsteile (gemessen an der Einwohnerzahl) ziemlich ausgeglichen. Ebenso gibt es in Rösrath bereits Unterkünfte mit einer vergleichbaren Anzahl an untergebrachten Menschen. Man hat also bereits Erfahrung mit größeren Unterkünften.*

Können Informationen über die Zusammensetzung der untergebrachten Personen bereitgestellt werden? Handelt es sich bei den Flüchtlingen um Familien oder um einzelne Personen?

- *Das lässt sich pauschal nicht beantworten, da wir im Vorfeld nicht wissen, welche Menschen uns zugewiesen werden. Wir achten bei der Belegung von Unterkünften aber durchaus auf die persönlichen Gegebenheiten, um von vornherein potentielle Konfliktpunkte zu vermeiden. Dazu gehört auch eine gemischte Zusammensetzung von Familien und Einzelpersonen.*

Werden die Schutzsuchende betreut mit Sozialpädagogen? Bekommen die Schutzsuchenden Deutschunterricht?

- *Es gibt von Seiten der Stadt durch die Mitarbeitenden im Asylbüro und im Casemanagement ein entsprechendes Angebot, bei dem Sozialpädagogen Hilfe zur Selbsthilfe geben und auch beim Zugang zu Deutschkursen behilflich sind. Der Bereich wurde zuletzt personell aufgestockt. Grundsätzlich schauen die Mitarbeitenden bei der Stadt auf die Bedürfnisse und Ressourcen der Ratsuchenden und unterstützen und vermitteln bei ganz unterschiedlichen Fragestellungen. Auch ehrenamtliche Initiativen unterstützen Geflüchtete in Rösrath. Das Netzwerk „Gute Nachbarschaft“ hilft Geflüchteten, in Rösrath zurecht zu kommen.*

Stadtverwaltung Rösrath, 05.03.2024